

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Sabine Dittmar, Volkmar Halbleib, Karin Pranghofer, Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Franz Maget, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Natascha Kohnen** und Fraktion (SPD)

**Standort des Werkes der Siemens AG in Bad Neustadt a.d. Saale erhalten**

**2.000 qualifizierte Arbeitsplätze am Standort Bad Neustadt a.d. Saale und 300 qualifizierte Arbeitsplätze am Standort Erlangen sichern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich alle ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um im Gespräch mit dem Management und dem Betriebsrat der Siemens AG, regionalen politischen Entscheidungsträgern, den Arbeitnehmern und Gewerkschaften den Standort des Werkes der Siemens AG in Bad Neustadt a.d. Saale zu erhalten, 2.000 qualifizierte Arbeitsplätze am Standort Bad Neustadt a.d. Saale zu sichern und Alternativen zum Abbau zu entwickeln.

Die 300 bedrohten Arbeitsplätze am Standort Erlangen müssen in gleicher Weise Unterstützung bekommen.

Neben dem Wirtschaftsminister wird insbesondere Ministerpräsident Seehofer aufgefordert, jedwede Unterstützung zu gewähren und sich in eine konzertierte Aktion persönlich einzubringen, um den angekündigten Abbau von 840 Stellen in Bad Neustadt a.d. Saale oder sogar betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern.

Unabhängig davon muss der Standort Bad Neustadt a.d. Saale, der Landkreis Rhön-Grabfeld und aufgrund der funktionsräumlichen Verflechtungen auch der Nachbarlandkreis Bad Kissingen durch Regionalmarketing und Wirtschaftsförderungmaßnahmen wettbewerbsfähiger gemacht und gestärkt werden.

### Begründung:

Die Auffassung des Ministerpräsidenten von Wirtschaftspolitik, Verständnis für die Entscheidung des Siemens-Managements zum Abbau von Arbeitsplätzen in Bad Neustadt und Erlangen zu äußern, ist u. E. ein Skandal. Der Ministerpräsident billigt somit, dass dieser geplante Stellenabbau nicht mit der Wirtschaftssituation zusammenhängt, wie Siemens behauptet, sondern mit dem Ziel, Teile der Produktion ins billigere Tschechien zu verlagern obwohl Aufträge da sind und die Ertragslage gut war.

Die Siemens AG will offenbar nur die Lohndifferenz zwischen Franken und Tschechien für sich nutzen und die Wirtschaftskrise wird dazu missbraucht, unternehmerische Verlagerungsentscheidungen zu bemänteln. Dafür darf die Staatsregierung kein Verständnis zeigen.

Die Hiobsbotschaft des von der Siemens AG angekündigten geplanten Abbaus von 840 Stellen in Bad Neustadt/Saale und weiteren 300 Stellen am Siemensstandort in Erlangen ist ein herber Schlag. Der Siemensstandort, der seit den 50er Jahren möglicherweise mit hohen Fördermitteln auf- und ausgebaut worden ist, hat vor allem für den Wirtschaftsraum Bad Neustadt/Rhön-Grabfeld immer noch eine herausragende Bedeutung, auch wenn seit den 90er Jahren bereits ein Großteil der Kleinmotorenfertigung nach Tschechien verlagert wurde. Der angekündigte Wegfall von 840 Stellen kommt einem ökonomischen regionalen Erdbeben gleich und ist in dieser strukturschwachen Region nicht zu kompensieren. Für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Familien kommt er einer Katastrophe gleich. Vergleichbare Arbeitsplätze in ähnlichen Industriebereichen gibt es weder in der Region Rhön-Grabfeld noch in den benachbarten Landkreisen. Wurde vor wenigen Tagen noch von einem überaus positiven Quartalsergebnis (Gewinn von über 2 Mrd. Euro) der Siemens AG berichtet, stößt der jetzt geplante Stellenabbau in der Bevölkerung Bad Neustadts auf absolutes Unverständnis. Dies umso mehr, weil es sich bei der Mehrzahl der Arbeitsplätze um einen strukturellen Abbau, d.h. eine Verlagerung nach Tschechien handeln würde.